

Für gerechte Verteilung

**Obertrubacher Erklärung 2.0
KAB-Diözesanverband Bamberg e.V.**

**Verabschiedet 2010
auf dem Diözesanverbandstag
in Obertrubach**





Für gerechte Verteilung

Obertrubacher Erklärung 2.0

Präambel

Die Finanzmarktkrise ist noch nicht vorbei. Im Gegenteil: Sie pflanzt sich fort, weil die Triebkräfte weiterhin am Werk sind.

„Die Krise ist das Ergebnis der neoliberalen Wirtschaftstheorie, die auch in unserem Land großen Einfluss auf die Politik gewonnen hat. Im Kern dieser Wirtschaftsphilosophie steht die Auffassung, dass nichts effizienter sei als der Markt. Er allein führe zum Wohlstand für alle. Eingriffe des Staates seien zu unterlassen. Manche haben das fast wie eine Heilsbotschaft vertreten. In diesem Glauben wurde Politik gestaltet.

Die Deregulierung der Finanzmärkte, völlige Freizügigkeit für globale Waren- und Geldströme, steuerliche Entlastung von Unternehmen und Vermögenden, sowie die Ausweitung schlecht entlohnter, befristeter und un-

sicherer Arbeitsverhältnisse sind Ausdruck des neoliberalen Konzepts. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat überdeutlich gezeigt: Dieses Konzept ist grandios gescheitert. Der Markt braucht Regeln. Die Menschen müssen wieder in den Mittelpunkt politischen Handelns gerückt werden. Das sind wichtige Erkenntnisse aus der Krise.“¹⁾

Wir wollen deshalb eine immer stärkere Zusammenarbeit aller Menschen und Organisationen, denen Solidarität wichtiger ist als Wettbewerb. Dazu fordern wir Kirchen und Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Parteien auf. Arbeiten wir zusammen für das Wohl der Menschen. Denn: Die Güter der Erde sind für alle da.

¹⁾ Erklärung der „Kirchlich-Gewerkschaftlichen Initiative Bayern“ April 2010



Arbeit: Der Mensch ist das Maß

Der Markt schafft es nicht, den gesellschaftlichen Nutzen einer Arbeit mit ihrer Bezahlung in Übereinstimmung zu bringen. Gegen den Trend der kollektiven Arbeitszeitverkürzung haben erst der öffentliche Arbeitgeber und danach die privaten Unternehmen durchgesetzt, dass die Arbeitszeit flexibilisiert und ohne Lohnausgleich verlängert wird. Durch Personalabbau werden die Arbeitsinhalte verdichtet und das Arbeitstempo beschleunigt. Gleiche Arbeit wird ungleich entlohnt.

Tarifverträge werden nicht beachtet oder durch arbeitnehmerfeindliche Scheinlösungen ersetzt. Die Arbeitsverhältnisse werden immer häufiger zeitlich befristet. Der Kündigungsschutz ausgehöhlt, die Tarifbindung von vielen Unternehmen unterlaufen, die Ansprüche an höhere Löhne immer wieder kategorisch abgelehnt. Menschen sind für die Wirtschaft nur ein Kostenfaktor und werden

deswegen weggestrichen. Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt wird mit Füßen getreten.

Arbeit ist Teil des menschlichen Wesens. Jeder hat ein Recht auf Arbeit. Wird sie jedoch allein auf die Erwerbsarbeit reduziert, gehen viele grundlegende Aspekte der menschlichen Arbeit verloren. Es gibt sehr viele Le-





bensbereiche, in denen gearbeitet wird, ohne dass dort eine finanzielle Gegenleistung erbracht wird. Daraus wird deutlich, dass Arbeit eine ungleich größere Bedeutung für den Menschen hat. Nach dem christlichen Verständnis ist sie Entfaltung der, dem Menschen von Gott geschenkten geistigen und körperlichen Kräfte.

Gute Arbeit macht sich auch daran fest, dass man von dem Lohn leben kann. Gute Arbeit ist jedoch mehr als guter Lohn! Bedrückend ist die Unsicherheit, den Arbeitsplatz zu verlieren und keinen gleichwertigen wieder zu finden. Schwer belastend sind

körperliche Anstrengungen, extrem einseitige Beanspruchungen, komplizierte Arbeitsprozesse, hohe Dauerkonzentration und Tätigkeiten, die nur eine geringe Fehlertoleranz zulassen.

Die zunehmende Befristung macht eine Lebensplanung gerade für Jüngere sehr schwierig beziehungsweise unmöglich. Die Lohnquote sinkt seit Jahren. Die Schere zwischen Arbeitslöhnen und Unternehmensgewinnen geht immer weiter auseinander. Die wichtigste Forderung der KAB „Arbeit kommt vor Kapital“ muss neu erkämpft werden. Arbeit darf nicht arm und nicht krank machen.

- ☞ **Jede Erwerbsarbeit muss sozialversicherungspflichtig sein.**
- ☞ **Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten, sowie Mitarbeitervertretungen müssen deutlich ausgebaut werden.**
- ☞ **In Qualifizierung, Aus-, Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten muss gezielt investiert werden.**
- ☞ **Die Auszubildenden müssen bei Übernahme unbefristet übernommen werden.**
- ☞ **Die Arbeit muss menschengerecht und altersgerecht sein.**



Von der sozialen Spaltung zur gerechten Verteilung

Die verschiedenen Reichtumsberichte der letzten Jahre haben es uns deutlich vor Augen geführt: Die gesellschaftliche Kluft zwischen den Wohlhabenden und den Armen in unserem Land wird immer größer. Allein in den fünf Jahren von 2002 bis 2007 stieg der Anteil des reichsten Zehntels der Haushalte am privaten Gesamtvermögen von 57,9 Prozent auf 61,1 Prozent.

Auf das reichste Hundertstel der insgesamt ca. 40 Millionen Haushalte konzentrieren sich allein knapp 23 Prozent des Nettovermögens. Dagegen besaßen 70 Prozent der Haushalte nur knapp 9 Prozent des Nettovermögens (2002: 10,5 Prozent).

Diese Entwicklung wurde in den letzten Jahren durch die politisch Verantwortlichen vorangetrieben. Die Wohlhabenden wurden steuerlich entlastet, wodurch sich der Staat in eine Einnahmekrise manövrierte. Die Mindereinnahmen wurden kompensiert

durch das Zusammenstreichen sozialstaatlicher Leistungen. Die Rente mit 67, private soziale Zusatzversicherungen und die sogenannte ALG II Gesetzgebung sind Ausdruck dieser Politik.

In dieser Umverteilung lässt sich der Wandel von einem christlich geprägten, hin zu einem vom Neoliberalismus bestimmten Menschenbild ablesen.

Beispiel ALG II: Die Beweislast wurde umgedreht. Wer bis dato bedürftig war, hatte Anspruch auf ausgleichende Leistungen. Jetzt muss der Bedürftige erst einmal nachweisen, dass er der Unterstützung durch die Allgemeinheit würdig ist. Der bedürftige Mensch ist unter den Generalverdacht geraten, er nutze den Sozialstaat aus. Diesen Verdacht muss er erst aus dem Weg räumen, damit ihm Unterstützung gewährt wird.

Die Katholische Soziallehre beharrt diesen Spaltungstendenzen gegenüber auf der Vertei-



© Lucie-Gerhardt/PIXELLO

lungsgerechtigkeit als Basis, für eine gerechte gesellschaftliche Chancenverteilung. „Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen... Niemand ist befugt seinen Überfluss ausschließlich sich

selbst vorzubehalten, wo anderen das Notwendigste fehlt.“ (Populorum Progressio 3,23)
 Ein starker, leistungsfähiger Sozialstaat ist die logische Konsequenz daraus: „Der Sozialstaat darf deshalb nicht als ein nachgeordnetes und je nach Zweckmäßigkeit beliebig zu verschlankendes Anhängsel der Marktwirtschaft betrachtet werden. Er hat vielmehr einen eigenständigen moralischen Wert...“. (Sozialwort 133)

- ☛ **Die Einnahmeseite der Sozialversicherungen stärken, das heißt alle Bürger sollen mit allen Einkommensarten zahlen.**
- ☛ **Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer.**
- ☛ **Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50 Prozent.**
- ☛ **Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Weiterentwicklung der Tobin-Steuer).**
- ☛ **Erhöhung der Regelsätze im SGB II und XII auf 500 Euro, zukünftige Anpassungen haben sich ausschließlich an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten zu orientieren.**



Vom Niedriglohn zum gerechten Lohn

Deutschland ist zu einem Niedriglohnland geworden. Seit Jahren franst das Lohnspektrum nach unten aus. Die Zahl der Niedriglohneempfänger ist von 1994 bis 2007 von 15 Prozent auf 21,5 Prozent angestiegen. Insgesamt sind ca. 6,5 Millionen Menschen Geringverdiener. 1,2 Millionen arbeiten gar für weniger als 5 Euro in der Stunde. Durchschnittlich erhielten westdeutsche Niedriglohnbeschäftigte pro Stunde 6,89 Euro, im Osten 4,86 Euro. Niedriglohn ist ein wesentliches Merkmal für prekäre Arbeit.

Die Grundsicherung im Alter beträgt 676 Euro. Um eine Nettorente auf wenigstens diesem Niveau zu erhalten, müsste ein Vollzeitbeschäftigter 45 Jahre lang 9,47 Euro brutto verdienen

und darauf Beiträge bezahlen. Das heißt: Niedriglöhne bedeuten nicht nur Armut während der Erwerbstätigkeit (nicht selten sogar im Vollerwerb), sie legen auch den Grundstein für Armut im Alter.

Die jungen Arbeitnehmer trifft es besonders. Von den unter 25-Jährigen arbeiten ca. 47 Prozent für einen Niedriglohn. Und dabei trifft es mitnichten nur die Ungelernten. Gut 70 Prozent haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.



© Siegfried-Fries/PIXELLO



Niedriglöhne sind nichts anderes als Hungerlöhne. Sie zementieren die Armut, beschneiden die gesellschaftlichen Beteiligungschancen, zerstören die Möglichkeiten zur Zukunftsgestaltung und beschleunigen damit das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft.

Dem gegenüber steht die Forderung der Katholischen Soziallehre nach einem gerechten Lohn. „Die gerechte Entlohnung für die Arbeit eines Erwachsenen, der Verantwortung für eine

Familie trägt, muss dafür ausreichen, eine Familie zu gründen, angemessen zu unterhalten und ihr Fortkommen zu sichern.“ (Laborem Exercens 19,3)

Die Forderung der KAB nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 9,20 Euro kann nicht das letzte Wort sein. Sie versteht sich als eine Zwischenetappe auf dem Weg zum gerechten Lohn. Erst der gerechte Lohn ermöglicht ein würdiges Leben und sichert Perspektiven für eine gedeihliche Zukunft in dieser Gesellschaft.

- ☞ **Gesetzlicher Mindestlohn von 9,20 Euro mit dynamischer Anpassung.**
- ☞ **Grundsätzlich gilt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Lohnaufschlag von 10 Prozent für Leiharbeit.**
- ☞ **Befristung des Leiharbeitseinsatzes bei der Entleihfirma.**
- ☞ **Wiedereinführung des Verbots, Arbeitsvertrag und Arbeits-einsatz in der Leiharbeit zu koppeln (Synchronisationsverbot).**



Soziale Sicherungssysteme: Die Solidarität stärken

Wir alle sehen und erleben es fast täglich: die Sozialleistungen sinken. Wer zum Arzt geht, muss zuzahlen. Die Krankenversicherung schränkt ihre Leistungen ein. Auf dem Lohnzettel ist erkennbar, dass die Arbeitgeber weniger als die Arbeitnehmer einzahlen. Wer Rente bezieht, darf in den nächsten Jahren nicht mit Erhöhungen rechnen. Er merkt, dass seit Jahren weniger im Geldbeutel bleibt und er immer weniger bekommen wird. Wer keine Erwerbsarbeit hat spürt, dass er von den Sparbeschlüssen der öffentlichen Hand betroffen ist.

Weniger Hilfsmaßnahmen und mehr Druck sind die Regel. Das Arbeitslosengeld I steigt nicht mit den Lebenshaltungskosten. Viele, die arbeitslos werden, wissen nicht was Arbeitslosigkeit bedeutet, welche Unterstützungsmaßnahmen sie durch die Bundesagentur genehmigt bekommen. Wer danach in Arbeitslo-

sengeld II fällt, hat vorhandenes Vermögen verbraucht und lebt an der Armutsgrenze. Er wird in der Öffentlichkeit als Schmarotzer gebrandmarkt.

Diese Kürzungen der Sozialleistungen sind politisch gewollt. Angeblich sind sie notwendig, weil nur so der Sozialstaat die Herausforderungen der Überalterung und der weltweiten Kämpfe um Standortvorteile bestehen kann. Dabei werden aber viele Tatsachen nicht erwähnt. Denn trotz Schwankungen und Krisen steigt die Produktivität in Dienstleistung und Industrie langfristig ständig an, national und international.

Die Produktivitätsgewinne werden aber nicht gegen die zunehmende gesellschaftliche Spaltung, sondern für die Finanzmärkte und deren Spekulationsgewinnler eingesetzt. Die Umverteilung von unten nach oben wird durch die Kürzung der Sozialleistungen verstärkt. Sozial-



leistungsempfängerInnen erhalten immer weniger Anteil am erwirtschafteten Reichtum. Die lange vorherrschende Überzeugung: „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“ hat seit Jahren sehr oft mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun.

Diese Entwicklung ist gefährlich für die Demokratie. Das zeigt die abnehmende Wahlbeteiligung und das Zunehmen radikaler Strömungen. Sie steht im Widerspruch zur Sozialverkündigung der Kirchen. Eine gerechte Verteilung und das Wohl aller Menschen national und international sind zentrale Forderungen der christlichen Soziallehre und der Arbeiterbewegung. Die vom Leben Jesu geprägte Beurteilung einer gesellschaftlichen Entwicklung aus der Sicht der Armen und Benachteiligten lässt nicht zu, dass wir als KAB dies stillschweigend hinnehmen. Deshalb müssen wir politisch handeln und Forderungen aufstellen.

- ☞ **Wiederherstellung der paritätischen Umlagefinanzierung und Rücknahme der Förderung von Kapitaldeckung.**
- ☞ **Keine Pauschalierung von Beiträgen.**
- ☞ **Festschreibung des Regelrentenalter auf 65 Jahre oder 480 Beitragsmonate.**
- ☞ **Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge.**
- ☞ **Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf drei Jahre.**

Gerechtigkeit gestalten

**Obertrubacher Erklärung 1.0
KAB-Diözesanverband Bamberg e.V.**

**Verabschiedet 2002
auf dem Diözesanverbandstagtag
in Obertrubach**





Gerechtigkeit gestalten

Obertrubacher Erklärung 1.0

Präambel

„Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.“ – diese Regel gibt der Apostel Paulus in seinem zweiten Brief an die Thessalonicher (2 Thess 3, 10b) wieder, weil er gehört hat, „dass einige (...) ein unordentliches Leben führen und alles mögliche treiben, nur nicht arbeiten“ (2 Thess 3, 11).

„Wir ermahnen sie und gebieten ihnen im Namen Jesu Christi, des Herrn, in Ruhe ihrer Arbeit nachzugehen und ihr selbstverdientes Brot zu essen.“ (2 Thess 3, 12) – so sein abschließendes Wort.

Diese Aussagen von Paulus können verunsichern oder auch verletzen, wenn sie auf Arbeitnehmerorganisationen, die Gewerkschaften, auf die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und auf arbeitslose Menschen treffen, da ja die Anklänge an die überflüssige „Faulenzer-Debatte“ oder an manche vor-

urteilsbehafteten Stammtischdiskussionen sich nahezu aufdrängen. Stößt da Paulus tatsächlich ins gleiche Horn einer pauschalen Diffamierung aller Arbeitslosen als Faulenzer? Wie hören diese Worte diejenigen unter uns, die gerne arbeiten würden, aber nicht dürfen oder können? Sollen sie nichts mehr essen?

Die schon lang andauernde Massenarbeitslosigkeit und ihre Folgen nicht nur in unserem Land zeigen mittlerweile einige hässliche Gesichter der Entsolidarisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Und dem Paulus dürfen wir nicht Unrecht tun: er wollte ein gutes Beispiel sein und legte Wert darauf, dass er bei seiner Missionstätigkeit für seinen Unterhalt selbst mit aufkam durch seiner Hände Arbeit: er war gelernter Segeltuch-Macher. Er ermahnte diejenigen, die in



der Gemeinde von Thessalonich zwar hätten arbeiten können, aber auf Kosten der Anderen, der Gemeinschaft lebten, weil sie meinten (aufgrund irgendwelcher Aufgaben oder Stellungen) sich ihre Hände nicht schmutzig machen zu müssen. Damit trifft seine Kritik im Kern heute wohl kaum die Arbeitslosen, sondern eher diejenigen, die von leistungslosen Kapitaleinkünften und Spekulationsgewinnen leben und damit diese Arbeitslosigkeit mit zu verantworten haben, die also eigentlich auf Kosten der Arbeitslosen leben.

Wir dürfen jetzt aber nicht denselben Fehler begehen und vorschnell oder pauschal die Verursacher oder Verantwortlichen fixieren. Sehr oft wird zum Beispiel an die Verantwortung der Politik appelliert. Auf Kundgebungen bei angedrohter Betriebschließung sagen Politiker, dass sie alles in ihrer Macht stehende tun werden, um die Schließung zu verhindern. Tatsächlich bescheinigen Wirtschaftswissenschaftler der Politik höchstens ihre Ohnmacht ge-

genüber der Wirtschaft, die zunehmend ihre eigenen Interessen mit der Macht ihres Kapitals durchzusetzen weiß und der man echten Gestaltungswillen zur Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt abspricht. Andererseits können selbst relativ erfolgreich ausgefochtene Tarifkonflikte über die Schwierigkeiten nicht hinwegtäuschen, die die Gewerkschaften nicht zuletzt auf dem Hintergrund des Mitgliederschwundes zu bestehen haben. Auch kirchliche Verbände wie die KAB klagen nicht nur innerkirchlich über mangelnde Mitgestaltungsmöglichkeiten und ihren Bedeutungsverlust. Ebenso bleiben die Großen Kirchen selbst trotz ihres damals viel beachteten Gemeinsamen Wortes „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997) oftmals ungehört.

Eine mögliche Konsequenz aus all dem wäre die Resignation vor den Aufgaben der Zukunft. Das ist aber nicht die Konsequenz der KAB, wie Resignation auch nicht die Konsequenz des Paulus oder eines Jesus von Nazareth war.



Vielmehr ist uns die Vision Jesu von einem Reich Gottes – also die Vision von einem gerechten und erfüllten Leben für alle Menschen – Auftrag und Verpflichtung: Wir wollen nachdenken über die „Zukunft der Arbeit“, über „Auswege aus der Arbeitslosigkeit“, über das System der

sozialen Sicherung und über eine sozial und gerecht gestaltete Globalisierung. Wir wollen ins Gespräch kommen mit allen, die sich über diesen Leitantrag angesprochen und eingeladen wissen. Schließlich geht es um nichts weniger als um den Menschen und seine Zukunft!



**GERECHTIGKEIT
GESTALTEN**



Die Zukunft der Arbeit sozial und menschenwürdig gestalten

Die Arbeitswelt unterliegt einem massiven Wandel. Die Umstrukturierungen reichen weit in die Lebens- und Verhaltensweisen der Menschen hinein (Wertewandel, Mobilität, Flexibilität), formieren veränderte gesellschaftliche Strukturen, lassen neue Berufsbilder entstehen, während andere verblassen und sie greifen deregulierend in die bisherigen Arbeitsregelungen ein. Wohin diese Entwicklung unsere Gesellschaft führt, ist heftig umstritten und wohl auch nicht vollends vorhersehbar, spürbar sind aber die gegenwärtigen Auswirkungen für die Betroffenen.

- Rückgang tarifgebundener Normalarbeitsverhältnisse zugunsten ungesicherter Beschäftigungsformen (geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbständigkeit, Leiharbeit, Saisonarbeit etc.).
- Ausweitung der Produktions- und Dienstleistungszeiten mit

der Tendenz zur Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit.

- Häufig wechselnde Unternehmensstrukturen (Fusion, Outsourcing...) und Konzepte der Arbeitsorganisation untergraben die bisherigen Formen der betrieblichen Interessenvertretung.
- Die Globalisierung wirkt wie ein Katalysator dieser Umwälzungen. Arbeitsplatzabbau, Leistungsverdichtung, Rationalisierung, Ausstieg aus dem Tarifsystem etc. werden begründet mit dem Verweis auf die Sachzwänge der weltweiten Ökonomie.

Arbeit wird immer noch weitgehend gleichgesetzt mit Erwerbsarbeit. Nach wie vor sind Integration in und Teilhabe an der Gesellschaft an die Erwerbsarbeit gekoppelt. Durch Erwerbsarbeit werden die Lebenschancen verteilt. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit führt die entscheidenden Defizite dieses



Systems vor Augen: Ein großer Teil der Menschen wird von den Lebenschancen, das heißt von ökonomischen, sozialen und kulturellen Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten ausgeschlossen und gerät ins gesellschaftliche Abseits.

Der Arbeitsbegriff ist bisher hauptsächlich auf Erwerbsarbeit reduziert. Arbeit ist mehr. Neben der Erwerbsarbeit bestimmen auch Eigenarbeit (eigene Bedürfnisse werden durch eigenes Tun befriedigt), Familienarbeit (Erziehung und Pflege) und Gemeinwohlarbeit (persönliches Engagement im öffentlichen Bereich) das menschliche Leben. Diese gesellschaftlich notwendige Arbeit wird als solche zum



© Jetti-Kuhlmann/PIXELIO

Teil nicht anerkannt und honoriert.

Arbeit ist im christlichen Verständnis eine zentrale Grundbestimmung des menschlichen Lebens. Sie ist eng mit dem Schöpfungsauftrag verbunden, diese Erde zu bebauen und zu pflegen (vgl. Gen 2,15). Durch die Arbeit wirkt der Mensch gestalterisch am Schöpfungsauftrag Gottes mit. In diesem Sinn ist Arbeit die schöpferische Bejahung des von Gott geschenkten Daseins. Arbeit gehört zur schöpfungsgemäßen Würde des Menschen. Von daher leitet sich das im Gemeinsamen Wort der beiden Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ geforderte Menschenrecht auf Arbeit ab. Auch der in der Katholischen Soziallehre geforderte Vorrang der Arbeit vor dem Kapital liegt hier begründet. Der christliche Glaube wird durch das Engagement der Verbandsmitglieder in alle Bereiche betrieblicher Arbeit getragen.

Daher fordert der KAB-Diözesanverband Bamberg:



- ☞ **Erwerbsarbeit muss stärker als bisher verteilt werden, um möglichst vielen Menschen einen Zugang zu den Lebenschancen der Gesellschaft zu gewährleisten. Die KAB macht sich daher stark für die Umwandlung von Überstunden in reguläre Arbeitsplätze, für eine Ausweitung der**
- ☞ **Teilzeitbeschäftigung für Männer und Frauen und für Arbeitszeitverkürzungen zugunsten der Schaffung neuer Arbeitsplätze.**
- ☞ **dass die Arbeitgeber ihrer Ausbildungspflicht nachkommen und die Ausgebildeten übernehmen.**
- ☞ **Erwerbsarbeit muss die schöpfungsgemäße Würde des Menschen widerspiegeln. Die KAB setzt sich ein für Arbeitsverhältnisse und -bedingungen, die dem Menschen gerecht werden. Sie tritt ein für tariflich abgesicherte Beschäftigungsformen, für starke Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben und für eine Mitbestimmung in unternehmerischen und wirtschaftlichen Fragen. Sie stärkt alle Bestrebungen, die eine Demokratisierung wirtschaftlicher Strukturen und Verantwortlichkeiten anzielen.**
- ☞ **Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Eigenarbeit, Familienarbeit und Gemeinwohlarbeit müssen gesellschaftlich aufgewertet werden, denn zum Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind sie unabdingbar.**
Die KAB setzt sich dafür ein, Erwerbsarbeit als einzige Zugangsmöglichkeit zur gesellschaftlichen Integration zu entlasten, das heißt die soziale Sicherung auf eine breitere Basis zu stellen. Außerdem setzt sich die KAB dafür ein, den bisher nichtentlohnten Bereich der Familienarbeit und der Gemeinwohlarbeit gesellschaftlich wie auch finanziell anzuerkennen. Dies ist ein qualitatives Wachstumsfeld.



Arbeitslosigkeit bekämpfen, nicht Arbeitslose

Die seit Jahren drängendste politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderung unserer Gesellschaft ist die auf hohem Niveau anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Seit den 70er Jahren hat sich die Arbeitslosigkeit strukturell so verfestigt, dass selbst Zeiten konjunktureller Be-

lebung dem ansteigenden Sockel an Arbeitslosigkeit nichts anhaben konnten. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist dadurch in beschämender Weise angewachsen.

Weder aus der Sicht der Betroffenen, noch aus der der Katholischen Sozialverkündigung ist diese katastrophale Situation hinnehmbar.

Die Ursachen für Arbeitslosigkeit sind vielfältig. Falsch ist das nach wie vor weit verbreitete Vorurteil, sie beruhe auf dem individuellen Versagen der Betroffenen. Solche Schuldzuweisung lenkt von den eigentlichen, den strukturbezogenen Ursachen ab.

Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis grundlegender Umstrukturierungen im industriellen Bereich. Die enorme Steigerung der Produktivität geht Hand in Hand mit einem stetigen Abschmelzen der



© Matthias-Balzer/PIXELIO



Beschäftigung in diesem Bereich, das durch den Beschäftigungsanstieg in anderen Sektoren nicht ausgeglichen werden kann.

Arbeitslosigkeit wird verstärkt durch die mangelnde Nachfrage aus dem Inland. Die hohen Exportzahlen verweisen auf eine außerordentlich hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Seit Jahren jedoch stagnieren die Einkommen und damit die den Menschen zur Verfügung stehende Kaufkraft, so dass keine belebenden Impulse davon ausgehen können.

Arbeitslosigkeit wird verstärkt durch den Prozess der Globalisierung. In weltweiter Arbeitsteilung übernehmen Niedriglohnländer zunehmend die arbeitsintensive Produktion, so dass der Bedarf an Arbeitsplätzen mit geringer *Qualifikationsanforderung in Deutschland sinkt*.

Um das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, gibt es keinen Königsweg. Aber durch die Bündelung verschiedener Maßnahmen – so unsere Überzeugung – lässt sich ein Prozess in Gang setzen, der die Arbeitslosigkeit spürbar eindämmt.

Daher fordert der KAB-Diözesanverband Bamberg:

- ☛ **Auf die Notwendigkeit der Teilung vorhandener Arbeit ist als erstes zu verweisen (Abbau von Überstunden, Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzungen – Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit).**
- ☛ **Die moderaten Lohnabschlüsse der letzten Jahre haben entgegen anderslautender Versprechungen nicht zu einer wesentlichen Arbeitsplatzvermehrung geführt. Die KAB setzt sich deshalb dafür ein, durch höhere Lohnabschlüsse die Kaufkraft zu erhöhen und dadurch die private Nachfrage zu steigern.**



Der Anteil der Arbeitnehmer am erwirtschafteten Reichtum muss gesteigert werden, damit von einer wachsenden Nachfrage Arbeitsmarktpulse ausgehen können. Die Lohnentwicklung darf darum nicht abgekoppelt werden von Produktionsfortschritten und Preissteigerungen.

- ☛ **Die größte Ressource des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist das hohe technische Know How der Arbeitnehmer. Dieses ist bedingt durch den sehr guten Ausbildungsstandard. Die KAB macht sich stark für eine weitere Verbesserung dieses Ausbildungssystems und für den Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abgestimmt sind. Eine fundierte Ausbildung und Weiterbildung ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg aus der Arbeitslosigkeit.**
- ☛ **Deutschland kann wirtschaftlich im internationalen Wettbewerb gut bestehen. Trotz vergleichsweise hoher Lohnkosten liegen die Lohnstückkosten (Verhältnis von Arbeitskosten und Stundenproduktivität) im internationalen Vergleich auf einem sehr günstigen Niveau. Vor diesem Hintergrund lehnt die KAB den Einstieg in ein Niedriglohnsystem ab. Es stellt einen Teil der Arbeitnehmerschaft an den Rand und produziert auf Dauer gesellschaftliche Instabilität.**
- ☛ **Die KAB sieht es auch weiterhin als erforderlich an, die zur Verfügung stehenden Instrumente der gestaltenden Arbeitsmarktpolitik auszuschöpfen (zum Beispiel Qualifizierungsmaßnahmen der Arbeitsämter, Eingliederungszuschüsse etc.). Hier hat der gesamte Bereich öffentlich geförderter Arbeit eine wichtige Funktion. Er ist unverzichtbar, da das Menschenrecht auf Arbeit vom 1. Arbeitsmarkt allein derzeit nicht verwirklicht werden kann. Allemal ist es besser Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit.**



Sozialstaat ist kein Kostgänger der Wirtschaft

Das Vorhandensein eines Systems der sozialen Sicherung für alle ist die wesentliche Voraussetzung für eine soziale und gerechte Gesellschaft. Der Dreigenerationenvertrag zwischen noch nicht Erwerbstätigen, Arbeitenden und Arbeitssuchenden und Rentnern, die Solidarität zwischen Gesunden und Kranken ist auf Langfristigkeit und damit Kontinuität und Verlässlichkeit angelegt.

Immer mehr Bürger sind durch die Diskussionen verunsichert, weil der komplexe Zusammenhang nicht durchschaubar gemacht wird. Immer mehr Menschen, insbesondere junge Menschen, verstehen die Zusammenhänge hinter den sozialen Sicherungssystemen nicht. Das Vertrauen in die Systeme der sozialen Sicherung schwindet, zugleich wächst in einer von Individualismus und Wettbewerb gekennzeichneten Gesellschaft die Neigung, sich aus der Soli-

darität zu verabschieden. Kosteneffizienz und Gewinnerwirtschaftung, insbesondere die Sozialisierung der Kosten und die Privatisierung der Gewinne, sind heute die bestimmenden Faktoren bei der Umgestaltung der sozialen Sicherung. Geld regiert auch die soziale Sicherung. Der Mensch ist nur noch der Kostenverursacher und der Sand im Getriebe und behindert eine Steigerung von Gewinnen in der Wirtschaft. Gerade die Skandale in der Vergangenheit haben gezeigt, dass die kriminellen Machenschaften gewaltige Dimensionen annehmen können. Nicht die notwendige Absicherung des einzelnen Menschen steht im Vordergrund, sondern die Streichung von Sicherheit und Leistungen.

Tatsächlich steht die Zukunft der sozialen Sicherung vor erheblichen Herausforderungen:

- Die anhaltende hohe Massenarbeitslosigkeit stellt für die soziale Sicherung auf der Ein-



© Klaus-Uwe-Gerhard/PIXELIO

nahmenseite ein erhebliches Problem dar.

- Die demografische Entwicklung belastet heute und zukünftig verstärkt die Ausgabenseite.
- Die Systeme der sozialen Sicherung sind auf der Einnahmenseite an den Faktor Erwerbsarbeit gekoppelt. Durch die Umbrüche der Erwerbsarbeitsgesellschaft kommt es aber zunehmend zu unterbrochenen Erwerbsbiografien bei Frauen und Männern.
- Die paritätische Finanzierung ist bereits aufgebrochen (zum Beispiel Rente) beziehungsweise nicht mehr vorhanden und soll mehr und mehr

durch Privatvorsorge ersetzt werden. Diese Tatsache bewirkt, dass der einkommensschwache Teil der Bevölkerung sich keine ausreichende Absicherung mehr leisten kann.

- Das Leistungsniveau der sozialen Sicherung, so ist es zu befürchten, wird so stark abgesenkt, dass das die Sicherung des Lebensstandard gefährdet wird.
- Das verfassungsrechtlich verankerte Gebot sozialer Sicherheit wird durch Leistungskürzungen in den Systemen der sozialen Sicherung gefährdet mit der Folge, dass das Auseinanderklaffen Arm und Reich weiter dramatisch anwächst.

„Während einer ungeheuren Masse immer noch das absolut Notwendige fehlt, leben einige ... in Üppigkeit und treiben Verschwendung. Nebeneinander bestehen Luxus und Elend. Einige wenige erfreuen sich weitestgehender Entscheidungsfreiheit, während viele fast jeder Möglichkeit ermangeln, initiativ und



eigenverantwortlich zu handeln, und sich oft in Lebens- und Arbeitsbedingungen befinden, die des Menschen unwürdig sind.“ (Gaudium et spes ,63)

Diese Einschätzung aus Gaudium et spes hat nichts an Wahrheitsgehalt verloren. In unseren jetzigen Zeit bedeutet dies: Es droht eine neue gesellschaftliche Spaltung zwischen Trägern und Nutznießern des Generationenvertrages beziehungsweise der Generationenverantwortung. Die

Lasten der Generationenverantwortung, zum Beispiel Kindererziehung sind weitgehend privatisiert, der Nutzen ist weitgehend vergesellschaftet. Verliererinnen sind vor allem Frauen beziehungsweise Mütter. Die verschiedenen Armutsberichte belegen übereinstimmend, dass Kinder eines der größten Armutsrisiken in einer reichen wie der unseren Gesellschaft darstellen. Dies ist ein Armutszeugnis für die Politik.

Daher fordert der KAB-Diözesanverband Bamberg:

- ☞ **Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen hälftig die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme übernehmen beziehungsweise muss die paritätische Finanzierung wieder eingeführt werden. Das Abschaffen des Arbeitgeberanteils oder eine höhere Selbstbeteiligung in Form von verstärkten Zahlungen auf Arbeitnehmerseite lehnen wir ab. Der Grundsatz der Solidarität in der sozialen Sicherung muss wieder verstärkt werden. Das gilt gerade auch für unser Gesundheitssystem.**
- ☞ **Die Beiträge der Arbeitgeber richten sich nicht mehr nur nach den Löhnen und Gehältern der Arbeitnehmer, sondern nach der Wertschöpfung im Betrieb, denn das soziale Sicherungssystem kann nicht allein über die Arbeitsentgelte finanziert werden. Dies hätte zur Folge, dass Betriebe mit geringerer**



Wertschöpfung, in denen viele Arbeitnehmer beschäftigt sind, bei den Lohnzusatzkosten entlastet werden. Der Gesetzgeber ist daher aufzufordern die Rechtsgrundlage für die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zu schaffen.

- ☞ Der solidarische Ausgleich muss zwischen Versicherten und den Leistungserbringern stattfinden. Transparenz der Kosten und Leistung sind daher unabdingbar.
- ☞ Zur Solidarität gehört untrennbar die Subsidiarität. Subsidiarität heißt: zur Eigenverantwortung befähigen, Subsidiarität heißt nicht: den einzelnen mit seiner sozialen Sicherung allein lassen. Ehrenamtliche Leistungen müssen durch Beiträge der jeweiligen Träger in das Sozialsystem gesellschaftlich anerkannt werden.
- ☞ Die Einnahmenseite in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der Rentenversicherung muss grundlegend überarbeitet werden. Nicht nur die Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile aus dem Einkommen durch Erwerbsarbeit dürfen alleinige Grundlage für die Einnahmen sein, sondern alle Einkommensarten (auch aus selbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Spekulationsgeschäften) nach dem Einkommenssteuergesetz müssen herangezogen werden.
- ☞ Keine Teilung in Grundleistungen/Grundversorgung und Zusatzversorgung, die privat finanziert werden muss.
- ☞ Ein Gesamtkonzept, bestehend aus verbesserter Prävention, motivierender Mitwirkung und Ausschöpfung aller sinnvollen Einsparungsmöglichkeiten, führt zu
- ☞ Kosteneffizienz und ermöglicht damit die Zukunft einer solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung.
- ☞ Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.



Gerechtigkeit bringt Frieden hervor

Neoliberalistisch geprägte Globalisierung, die nur wenige Gewinner und sehr viele Verlierer produziert, die Armut, Elend und schreiende soziale Gegensätze hervorbringt, ist der ideale Nährboden für Hass, Fanatismus, Gewalt und Krieg. All diese Geiseln der Menschheit zeigen, wie anfällig das globale Wirtschaftssystem ist. Eine Weltwirtschaft die sich ausschließlich an neoliberalen Ideen und Deregulierungsansätzen orientiert, ist zum Scheitern verurteilt. Es ist eine Illusion zu glauben, dass sich auf Dauer Inseln des Wohlstandes und der Sicherheit in einem Ozean von Armut und Elend bewahren lassen.

„Um zu einer echten weltumfassenden Wirtschaftsordnung zu kommen, muss auf übertriebenes Gewinnstreben, nationales Prestige, politische Herrschsucht, militaristische Überlegungen und Machenschaften zur zwangsweisen Verbreitung von Ideologien verzichtet werden. Viele wirtschaftliche und soziale Systeme

werden vorgeschlagen. Es ist zu wünschen, dass Fachleute eine gemeinsame Grundlage für einen gesunden Welthandel finden können. Das wird leichter zu erreichen sein, wenn die einzelnen ihre Vorurteile ablegen und zu einem aufrichtigen Dialog bereit sind“ (Gaudium et spes, 85)

- Wir müssen Abschied nehmen von der Idee, dass das quantitative Wirtschaftswachstum das Allheilmittel für alle unsere Probleme ist, seien dies Staatsverschuldung, Massenarbeitslosigkeit oder die Stabilisierung von sozialen Sicherungssystemen. Selbst als Mittel zur Vermeidung von harten Verteilungskonflikten dürfte



© Gerd-Altman/Pixelio



ökonomisches Wachstum in unserem Land zukünftig weder realistisch noch ökologisch wünschenswert sein. Daher führt kein Weg an der fraglos schwierigen Aufgabe vorbei, gestaltend in die Ursachen sozialer Ungleichheit, Massenarbeitslosigkeit und der Krise des Sozialstaates einzugreifen. Dies kann nur bedeuten, den Prozess der Globalisierung durch sozialpolitische und ökologische Regelungen zu bändigen.

- Die Einführung einer Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer) könnte sowohl in Entwicklungs- und Industrieländern die soziale Gerechtigkeit fördern. Die Devisenumsatzsteuer ist jedes Mal fällig wenn ein Kapital von einer Währung in eine andere getauscht wird. Dies verteuert häufiges kurzfristiges Wechseln von Kapital im Verhältnis zu längerfristigen Anlagen in fremder Währung. Die Idee ist es kurzfristigen Kapitalverkehr einzuschränken, den internationalen Handel sowie langfristige

Direktinvestitionen aber so wenig wie möglich zu behindern. Das eingenommene Kapital ist für Projekte im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe und zum Schuldenabbau der sogenannten „Dritte-Welt“ Länder zu verwenden.

- Die Schließung von Steueroasen trägt dazu bei um die Verteilung der Lasten in einer gerechten und sozialen Gesellschaft wieder auf die Schulter aller, auch der vermögenden Bevölkerung zu verteilen. Steueroasen sind durch eine minimale Bankenaufsicht und ein striktes Bankgeheimnis gekennzeichnet, sie bieten damit
- die idealen Bedingungen für eine ganze Reihe krimineller Aktivitäten. Über sie werden in großem Umfang nicht nur Geldwäsche, illegaler Waffenhandel und Steuerflucht abgewickelt, sondern auch die weltweit ungerechte Verteilung von Kapital gefördert. Steueroasen ermöglichen Steuerbetrug im großen Stil.
- Der Neoliberalismus als Ideologie der Globalisierung verur-



sacht, dass nur das Kapital die Richtung angibt und nicht die betroffenen Regierungen und Menschen. Es verdreht die wahren Ursachen, wenn gesagt wird Wirtschaftskrisen seien das schlichte Resultat staatlicher Eingriffe. Die „Regulierungswut“ der Sozialpolitik störe nur das freie Spiel des Marktes. Deshalb wird konsequente Deregulierung gefordert, um den Markt von hemmenden Einflüssen des Staates zu befreien. Der Neoliberalismus geht davon aus, dass der Markt alles regulieren kann, auch bei Gütern und Dienstleistungen, die nicht privatisierbar sind (Klima, Boden, Meere, etc.). Er misstraut grundsätzlich staatlicher Macht und den Prinzipien der Demokratie und befürchtet deren Missbrauch; er ist aber blind gegenüber dem Machtmissbrauch durch Private, zum Beispiel durch weltweit agierende Konzerne, deren Jahresumsatz längst das Sozialprodukt mittelgroßer Länder überrundet hat. Sozialpolitische Projekte

werden durchwegs abgelehnt als Einengung der Wirtschaft und zusätzlicher Kostenfaktor. Im Menschen- und Gesellschaftsbild des Neoliberalismus wird der Mensch bewusst in der Teilhabe und Beteiligung eingeengt, was wesentlich dem Ansatz des lebenslangen Lernens widerspricht.

- Die Globalisierung ist deswegen aber nicht grundsätzlich zu verdammen. Nicht sie ist die maßgebliche Ursache der sozialen Schieflage. So weist der deutsche Armuts- und Reichtumsbericht aus, dass die soziale Ungleichheit bei den Einkommen bereits Anfang der siebziger Jahre zugenommen hat und durch die Steuer- und Sozialpolitik nur unzureichend korrigiert wurde. Das wachsende Einkommensgefälle wird mit den sogenannten unabänderlichen Gesetzen der weltweiten Ökonomie begründet.

Der KAB-Diözesanverband fordert:



- ☞ Auch in einer globalisierten Wirtschaft sind soziale Gerechtigkeit und Solidarität durchzusetzen. Der Neoliberalismus wird von der KAB entschieden abgelehnt.
- ☞ Die Schließung der Steueroasen durch internationale Abkommen ist umgehend umzusetzen.
- ☞ Die Einführung eines internationalen Kontrollsystems für den weltweiten Geldverkehr, damit der Geldfluss nicht an jedem demokratischen Einfluss vorbeigeht.
- ☞ Sofortige Einführung der Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer). Machbarkeitsstudien haben wissenschaftlich bewiesen, dass die Einführung möglich und sinnvoll ist.
- ☞ Die deutsche Regierung auf, der Globalisierung klare ökologische und soziale Grenzen zusetzen. Dazu ist es notwendig Regelungen zutreffen, die es erlauben, das internationale Miteinander demokratisch zu legitimieren und zu kontrollieren. Eine Stärkung internationaler Institutionen und Gremien zum Beispiel UNO, internationaler Strafgerichtshof und so weiter zu Lasten Nationalstaatlicher Organe ist anzustreben.
- ☞ Einen umfassenden Schuldenerlass für alle Entwicklungsländer. Dazu gehört auch, dass die deutsche Regierung 0,7 Prozent des Bruttozialproduktes für die Entwicklungshilfe zur Verfügung stellt.
- ☞ Nicht nur Geldwertstabilität sondern, sozialetische Grundlagen als Voraussetzung für eine gerechte Globalisierung.
- ☞ Beschäftigungssicherung als vorrangiges Ziel einer internationalen Wirtschaftspolitik.
- ☞ Bildung ist ein Grundgut für alle Menschen. Sie darf nicht wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.



Aus Sicht der KAB, als internationale Bewegung, ist Solidarität und Gerechtigkeit in einer globalen Welt möglich. Der Prozess der Globalisierung muss aber gestaltet werden, die KAB wird sich aktiv beteiligen.



Interessante Links

www.steuer-gegen-armut.org

www.buendnis-sockelrente.de

www.stoppauschale.de

www.mmtc-infor.com

www.weltnotwerk.de

<http://allianz-fuer-den-freien-sonntag.de>

www.sonntagsallianz-bayern.de

www.kabist.in

www.vote-europe.de

www.nachdenkseiten.de

www.sozialpolitik-aktuell.de

www.gleicharbeit-gleichesgeld.de

www.sozialwahl.de

www.ethik-und-gesellschaft.de

www.publik-forum.de

www.denk-doch-mal.de

www.kab.de

www.kab-bayern.de

Ich/wir möchte/n Mitglied der KAB werden

Name Name des Ehepartners

Vorname Vorname des Ehepartners

weiblich männlich weiblich männlich

Straße und Haus-Nr.

Postleitzahl und Wohnort

Geburtsdatum Geburtsdatum des Ehepartners

Religion Mein/Unser Beitritt erfolgt zum

Telefon-Nr.

E-Mail, Fax-Nr.

Beitragsquittung wird benötigt

Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung. Ich bin – jederzeit widerruflich – einverstanden, dass meine Anschrift und mein Geburtsdatum an Unternehmen übermittelt werden, mit denen die KAB Deutschlands e.V. zusammenarbeitet (z.B. Versicherungen), um günstige Dienstleistungsangebote zu erhalten. Die Vertragspartner werden verpflichtet, dass sie die Daten ausschließlich für die mit der KAB vereinbarten Zwecke verwenden dürfen.

Ich bin nicht einverstanden

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift Ehepartner

Einzugsermächtigung

Kontoinhaber

Kontonummer

Bankleitzahl

Bank

Hiermit ermächtige ich (bitte ankreuzen)

den KAB Ortsverband/Ortsverein _____

den KAB Diözesanverband

widerruflich, mindestens den satzungsgemäßen
Mitgliedsbeitrag,

oder € _____

jährlich von meinem Girokonto mittels Lastschrift abzubuchen.
Wenn mein Girokonto nicht die erforderliche Deckung aufweist,
besteht für das kontoführende Institut keine Verpflichtung zur
Einlösung. Teileinlösungen werden nicht vorgenommen.

Datum

Unterschrift

KAB
Diözesanverband
Bamberg e.V.
Ludwigstraße 25
96052 Bamberg



KAB Diözesanverband Bamberg e.V.
Ludwigstraße 25 · 96052 Bamberg
Telefon: 0951/91691-0 · Fax: 0951/91691-49
E-Mail: info@kab-bamberg.de
Homepage: www.kab-bamberg.de, www.kabist.in